Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 17

Artikel: Kommunistische Diplomatie der Macht in Asien

Autor: Tickle, Ian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076986

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommunistische Diplomatie der Macht in Asien

Von Ian Tickle

Der jetzige sowjetische Präsident Anastas Mikojan sagte einmal, ein Land sei dann revolutionsreif, wenn es die Rote Armee an seinen Grenzen habe. Mikojan war damals ein junger Stalinist, und ein kommunistsiches China gab es zu der Zeit nur als Zukunftstraum. Aber heute gehört es zu den Ausprägungen des sino-sowjetischen Konflikts, dass China dieser Definition kommunistischer Expansion näher steht als die Sowjetunion.

Das kürzliche Aufflackern der Berlinkrise hat allerdings gezeigt, dass trotz des Bruchs zwischen Moskau und Peking viele Dinge von einem Ende der kommunistischen Welt zum andern ähnlich geblieben sind. Unter anderm auch die Aggressionsmethode, eine kunstvolle Kombination von Zuckerbrot und Peitsche. Das Zuckerbrot besteht überall in Asien aus Antikolonialismus plus sowjetischer oder chinesischer Hilfe. Die Peitsche aber ist die Rote Armee. Was für die Sowjetunion in abnehmendem Masse gilt, trifft für China und seine zugewandten Gebiete immer mehr zu. Ein Blick auf die Karte lässt erkennen, dass es in Asien kaum ein Land gibt, das nicht mindestens eine Grenze hat, die von kommunistischen Einheiten patrouilliert wird.

Malaysia, das einzige Land, in dem eine freie Gesellschaft aufgebaut wurde, nachdem ein Versuch zur kommunistischen Machtübernahme gescheitert war, bildet nur scheinbar eine Ausnahme. In Wirklichkeit ist Mikojans Ausspruch auch hier durchaus anwendbar. Die Rolle der Roten Armee übernehmen hier die indonesischen Truppen. West-Irian wurde genommen, und Australisch-Neu-Guinea ist bedroht. Die Borneo-Provinzen Malaysias haben sich der indonesischen Infiltration über eine Landgrenze zu erwehren, während die Malajische Halbinsel selbst von indonesischen Terroristen überfallen wird, die von Sumatra her übersetzen. Die indischen Nikobaren-Inseln, nur wenige Kilometer von indonesischem Territorium entfernt, stellen ein weiteres lockendes Ziel der Expansion dar. So kann Indonesien, obwohl dort die kommunistische Machtergreifung noch nicht offiziell stattgefunden hat, seine Aufgabe im Sinne der gut stalinistischen Definition unserer Einleitung schon durchaus brauchbar erfüllen. Seiner Aussenpolitik nach gehört es jedenfalls zum asiatischen Lager des Kommunismus und setzt seine Armee entsprechend ein.

Salamischeiben und Dominosteine

Vieles von dem, was in Asien geschieht, kann auch mit einem andern Ausdruck erklärt werden, der vom ehemaligen ungarischen Diktator Rakosi in die politische Terminologie eingeführt wurde: Salamitaktik. Die Gewinne werden in so dünnen Scheiben eingesteckt, dass sich viele der Gefahr gar nicht bewusst werden. Aber die Taktik bewährt sich auch bei denen, die das Vorgehen an sich erkennen. Denn sie erhalten nie Gelegenheit, eine einzige kleine Scheibe zum Anlass einer internationalen Krise mit der Gefahr eines Weltkriegs zu nehmen. So schaut man dem Schneidevorgang zu, bis die ganze Wurst verzehrt ist.

Der Begriff der Salamitaktik ergänzt die oben ausgeführte Bestimmbarkeit der «Revolutionsreife» vortrefflich. Durch eine Kombination der beiden Dinge konnte die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg seinerzeit den grössten Teil Osteuropas unter ihre Kontrolle bringen. Und heute ist China im Begriff, dasselbe mit dem gesamten asiatischen Kontinent zu tun.

Zum Verständnis der kommunistischen Asienpolitik ist schliesslich noch ein dritter Begriff von Nutzen, diesmal amerikanischer Herkunft. Das ist die «Domino-Theorie». Sie stellt bildhaft dar, was mit den kleinen Ländern geschehen wird, wenn sie den Glauben an die Macht der nichtkommunistischen Welt verlieren, sie unabhängig zu erhalten. Dann werden sie nämlich gleichermassen umkippen wie eine Reihe von Dominosteinen.

Das war in Eruopa zur Zeit Hitlers der Fall. Die demokratischen Mächte hielten sich nicht an die Garantie, den kleinen Staaten ihre Unabhängigkeit zu erhalten, und diese sahen keine andere Möglichkeit als sich mit Nazi-Deutschland zu arrangieren. Darin liegt in internationalen Belangen die Bedeutung des Wortes «München». Und wenn die Amerikaner heute in Vietnam sind, dann deshalb, damit Europas Schicksal der Dreissigerjahre nicht Asiens Schicksal der Sechzigerjahre werde.

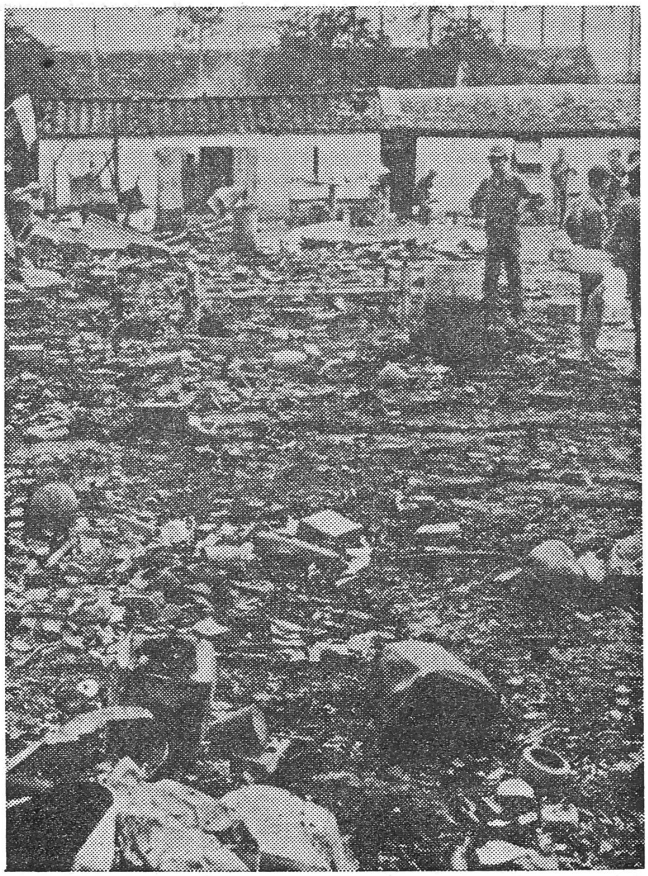
Viele Asiaten glauben heute nicht an die Bereitschaft des Westens, sie vor dem Kommunismus zu verteidigen, wenn es darauf ankommt. Auch das ist ein Grund, ein oft verkannter Grund übrigens, warum die Amerikaner in Vietnam sind.

Beutestück Indochina

In den indochinesischen Kriegen der beiden letzten Dekaden sind die Grenzen von entscheidender Bedeutung gewesen.

Als Vietnam nach dem Genfer Abkommen von 1954 zweigeteilt wurde, wählte man eine kurze Trennungslinie, den berühmten 17. Breitengrad. Die nördlichen und südlichen Bevölkerungszentren des Landes sind nur durch einen dünnen Küstenstrich miteinander verbunden, und der 17. Breitengrad befindet sich erst noch an der engsten Stelle. Die Grenze liesse sich relativ leicht hermetisch versiegeln.

Aber die Leute, die 1954 diese Berechnungen anstellten, sahen die Entwicklung im westlichen Nachbarland nicht voraus. Laos bildet die grösste Grenze des langgezogenen Vietnams, eine unkontrollierbare Grenze.



Südvietnamisches Dorf im Mekong-Delta nach einem Mörserangriff der Vietcong-Kräfte, bei dem 50 Personen ums Leben kamen.

Als drittes Beiheft 1965 zu unserer Monatsschrift für Politik und Zeitgeschichte «Die Orientierung» ist erschienen:

Die europäische Nordkappe und die Sowjetunion

Von Nils Örvik, 82 Seiten DIN A 5, geheftet, Fr. 2.50

Nils Örvik, norwegischer Experte für militärische und diplomatische Angelegenheiten, von 1962 bis 1963 Mitglied der Forschungsgruppe für internationale Fragen an der Harvard-Universität, jetzt ausserordentlicher Professor für politische Wissenschaften an der Universität Oslo, analysiert mit dieser Untersuchung ein bedeutungsvolles Problem westlicher Verteidigung, unterbreitet selbst einige höchst nützliche Vorschläge und regt zur Diskussion über die westliche Strategie an.

In der Nato hat sich die Verteidigungstheorie hauptsächlich auf einen massiven sowjetischen Angriff an der zentralen Front konzentriert. Sehr wahrscheinlich ist aber diese Gefahr weniger real, als die eines sowjetischen Druckes in peripheren Regionen, wo sowjetische Macht mit viel geringerem Risiko auftreten könnte. Nils Örvik hat sich eine dieser peripheren Regionen vorgenommen und sowohl die hier auftretenden Gefahren als auch die Mittel, ihnen zu begegnen, aufgezeigt. Die europäische Nordkappe ist nicht nur geographisch, sondern auch psychologisch entlegen hinsichtlich der landläufigen Probleme atlantischer Strategie. Der Verfasser lenkt deshalb unsere Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Sicherheitsanlage solcher Gebiete zu überprüfen.

ILMGAU-VERLAG 8068 Pfaffenhofen/Ilm (Oberbayern) (Bundesrepublik Deutschland)

Wohl ist Laos heute nominell immer noch ein nichtkommunistischer Staat, von Ventiane aus durch seinen neutralistischen Ministerpräsidenten Prinz Souvanna Phouma regiert. In Wirklichkeit ist auch Laos aufgeteilt — und ungleichmässig aufgeteilt. Souvanna Phoumas Regierungserlasse reichen nicht viel weiter als bis zu den Vororten der Hauptstadt.

Auf Grund eines weiteren Genfer Abkommens, dem von 1962 über Laos, hätten sich Rechtskreise und Kommunisten unter dem Kompromissvorsitz Souvanna Phoumas zusammenfinden sollen, um das Land zu einigen. Doch dazu kam es niemals, und heute sitzt der Regierungschef allein in seiner Hauptstadt, aus der Entfernung erbittert befehdet von seinen beiden offiziellen Partnern.

Das übrige Land bietet folgendes Bild. Die Rechtsgruppierung hat von ihrem Hauptquartier in Thailand aus einzelne isolierte Landesteile unter mässiger Kontrolle. Der Rest ist in kommunistischer Hand.

Die kommunistisch beherrschten Gebiete waren von Beginn weg auf die Grenze mit Nordvietnam ausgerichtet, wo Dien Bien Phu einen Hauptstützpunkt darstellte. Aber graduell wurden sie ausgeweitet und erstrecken sich heute entlang der gesamten vietnamischen Grenze vom Norden bis zum Süden.

So hat der 17. Breitengrad jegliche Bedeutung verloren. Wie gut er auch immer bewacht sein möge, die nordvietnamischen Truppen können ohne weiteres durch Laos nach dem südlichen Landesteil gelangen und tun es auch. Es nützt den Amerikanern wenig, darüber Beweismaterial zu sammeln (in vielen Fällen ist sogar die offizielle Eingliederung der durchziehenden Einheiten in der nordvietnamischen Armee festgestellt worden), sie haben keine Handhabe, das zu stoppen. Laos steht als Transitland den kommunistischen Streitkräften völlig zur Verfügung.

Einzelheiten dieser Art sind zum Verständnis der kommunistischen Asienpolitik wichtig. Ein Bürgerkrieg wie in Vietnam ist nicht eine spontane Kette von Ereignissen, vom Volke hervorgerufen, wie das verkündet wird, sondern eine jahrelang detailliert geplante Aktion, die auf *regionaler* Basis durchgeführt wird.

Die Macht dahinter

Immer wieder vernimmt man den Gedanken, Nordvietnam könnte, wenn man es in Ruhe liesse, China gegenüber eine sozusagen titoistische Rolle spielen. Es würde sich im sino-sowjetischen Konflikt neutral verhalten, und wäre seinen Nachbarn eine geringere Gefahr als jetzt.

Ein weiteres häufig gehörtes Argument betrifft die Vietcong-Kräfte in Südvietnam. Bei den Aufständischen handle es sich im Grunde genommen ja nicht einmal um Kommunisten, sondern um Gruppierungen, die sich seinerzeit unter kommunistischer Führung gegen die Diktatur von Ngo Dinh Diem zusammengeschlossen hätten und seither angesichts des Verhaltens von Saigon und Washington gar keine Chancen gehabt hätten, sich wieder in das nationale Leben einzuordnen.

Solche und ähnliche Formulierungen können durchaus ihren gedanklichen Teil an Wahrheit haben, warum auch nicht. Nur sind Spekulationen darüber müssig, weil es gar nicht darauf ankommt. Denn in machtpolitischen Kategorien (und die zählen, solange es dort einen Krieg gibt) betrachtet, stimmen diese «Erkenntnisse» ganz einfach nicht.

Die Meinung, die Vietcongs seien keine Kommunisten, Nordvietnam sei nicht von China kontrolliert, und China selbst sei friedfertig, aber permanent vom Westen provoziert, wird nämlich durch die Tatsachen widerlegt, die eine direkte und ersichtliche Kette politischer Verantwortlichkeit bilden. Ob sich nun ein Vietcong-Aufständischer als Patriot fühlt, und ob sich die Führer in Hanoi als Nationalisten fühlen, das sind Fragen, die menschlich betrachtet wesentlich sein können. Aber machtpolitisch sind sie ungefähr ebenso von Belang wie die Frage, ob und in welchem Sinne sich Pierre Laval seinerzeit als Franzose fühlte. Machtpolitisch von Belang ist die Tatsache, dass das Verhalten Nordvietnams und des Vietcongs in ganz unverhältnismässig überwiegender Weise eine Funktion vom politischen Willen Pekings ist.

Natürlich sind die subjektiven Beweggründe der direkt Handelnden nicht a priori politisch bedeutungslos. Aber sie sind es unter den gegebenen Umständen. Für den Verlauf und das Ergebnis des Krieges spielen die Motive der dortigen Kriegsteilnehmer eine Rolle, die man ruhig als verschwindend klein bezeichnen darf.

«Die Chinesen werden Atomwaffen herstellen», sagte seinerzeit Verteidigungsminister Tschen Yi, «auch wenn sie dafür ohne Hosen herumgehen müssen.» Das ist nur der extremste Fall von tausenden von öffentlichen Aeusserungen führender chinesischer Persönlichkeiten. Sie alle geben reichlich Zeugnis dafür, dass China die augenfälligste expansionistische Macht der Welt ist.

Die Einzelheiten der internen Politik Nordvietnams und des Vietcongs sind verfügbar und untersuchungswürdig. Sie können Hinweise für Friedensangebote geben, sie können zeigen, wie lokale kommunistische Kräfte voraussichtlich auf ihren grossen chinesischen Nachbarn reagieren werden, wenn der Krieg vorüber ist. Aber jetzt, in dieser entscheidenden Gegenwart, haben sie für die Kette der kommunistischen Befehlsführung überhaupt keine Bedeutung.

Man braucht keineswegs zu beweisen, dass China die Unrast, die in allen Ländern Südostasiens festzustellen ist, *verursacht* habe. Das wäre purer Unsinn. Aber dafür steht mit aller Sicherheit fest, dass China jeden auffindbaren Ansatz zu Unrast unter den Völkern für seine eigenen Ziele nützt, die ihrem Wesen nach gegen die betreffenden Völker gerichtet sind.

Vietnams Nachbarn

Die Auswirkung dieser Tatsache auf die Länder, die an China oder andere kommunistisch kontrollierte Gebiete Asiens grenzen, kann gar nicht überschätzt werden. Wenn Laos und Vietnam bereits den grösseren Teil des Weges zur kommunistischen Domination zurückgelegt haben, so stehen Länder wie Burma, Kambodscha und Thailand am Ausgangspunkt.

Zwar sind Burma und Kambodscha im Augenblick von offenen Umsturzversuchen verschont. Aber das ist nur eine vorübergehende Erscheinung auf Grund der Tatsache, dass ihre Regierungen sowohl antiwestlich als auch unfähig sind.

Burmas Stellung insbesondere ist hoffnungslos schwach. Es hat eine sehr lange Grenze mit China (über die der einzige Landweg zu seinen Nachbarn führt), und es hat permanente Unruhen in etlichen seiner Provinzen. Der Aufstand des Karen-Stammes ist der dauerhafteste und nachdrücklichste — und erst kürzlich hat man Beweise dafür erhalten, dass er sich einer substantiellen Unterstützung durch Peking erfreut.

Burma und China unterzeichneten ein Grenzregelungsabkommen zur ungefähr gleichen Zeit, als China dazu überging, seine Grenze mit Indien im Himalaya-Gebiet mit Gewalt zu korrigieren. Peking war es zu der Zeit daran gelegen, den Eindruck zu schaffen, es habe nur mit böswilligen Nachbarn Grenzschwierigkeiten, nicht aber mit andern. (Diesen Hinweis gestattete sich übrigens später das Pekinger Zentralkomitee an die Adresse der KPdSU im Zusammenhang mit sino-sowjetischen Zwischenfällen an der Grenze von Kasachstan mit Sinkiang.) Burma diente in diesem Zusammenhang als willkommenes Argument und gleichzeitig übrigens auch als Beweis dafür, dass die asiatischen Staaten nicht imstande sind, zusammenzuhalten, auch nicht zur Zeit akuter Not.

Seit einiger Zeit wird das Vorgehen, das in Vietnam und Laos so erfolgreich war, auch Thailand gegenüber angewandt.

Die benachbarten Provinzen von Laos stehen zwar noch nicht unter direkter kommunistischer Herrschaft, haben aber völlig anarchische Zustände, so dass sie mit Leichtigkeit von kommunistischen Agitatoren passiert werden können, die beauftragt sind, das Ferment der Unruhe unter die Bauern der thailändischen Nordostprovinzen zu bringen. Diese Gebiete sind seit Jahren ausserhalb der direkten Kontrolle der Regierung von Bangkok. Eine revolutionäre Organisation, von Peking mit einem starken Radiosender ausgerüstet, ist bereits in der Nachbarschaft Thailands in Funktion getreten. Heute noch geht es um Agitation, aber morgen schon wird sie in «Revolution» umschlagen, verbunden mit der Infiltration von bewaffneten Kräften und Kriegsmaterial. Bereits wird Thailand von China als Aggressionsbasis des Imperialismus denunziert, die dringlich befreit werden müsse. Die Aktion ist also angekündigt.

Für die augenblickliche Lage lässt sich wahrscheinlich ohne Uebertreibung sagen, dass der unmittelbare Erfolg oder Misserfolg der kommunistisch kontrollierten Aufstandsbewegungen in Südostasien von der amerikanischen Präsenz in Vietnam abhängt. Wenn die Amerikaner das Land verlassen, bedeutet das jedenfalls grünes Licht für eine alles überschwemmende Aggression. Darüber wenigstens besteht ernstlich kein Zweifel.

Indonesien

Der australische Ministerpräsident Sir Robert Menzies, dem sogar Sukarno auf Grund der geographischen Lage Australiens legitime Interessen in der asiatischen Politik zubilligt, hält die Uebernahme Indonesiens durch China für eine reine Zeitfrage. Für Australien wird das eine sino-kommunistische Macht vor seiner Türschwelle bedeuten, aber für das übrige Ostasien noch weit mehr, denn es wird nahezu völlig umzingelt sein.

Indonesien hat nach China und der Sowjetunion die grösste kommunistische Partei der Welt. Ihr Führer N. D. Aidit ist der eigentliche starke Mann des Landes; er gehört dem Kabinett an und hat beliebigen Zugang zu Sukarno. Dieser bespricht sich mit seinen übrigen Mitgliedern jeweils gruppenweise, mit Aidit aber allein. Aidit ist jung, ausserordentlich fähig und hat jetzt schon gute Aussichten, die Nachfolge des gesundheitlich angeschlagenen Sukarno anzutreten. Aber auch wenn er den Präsidentenposten dem gegenwärtigen Aussenminister Subandrio überlassen würde, welcher der KP verpflichtet ist, würde er die tatsächliche Macht in den Händen halten.

Nun lässt sich auch hier die Ueberlegung anstellen, dass kommunistisch noch nicht unbedingt chinesisch heissen muss. Gerade ein so starker Mann wie Aidit würde, so kann man sich vorstellen, nicht bereit sein, sich ausländischen Befehlen zu fügen. Auch Aidit wird häufig als ein potentieller Tito auf der asiatischen Szene angesehen.

Der Gedanke ist nicht nur plausibel, sondern kann überdies, wie im Falle Ho Chi Minhs, durch etliche Indizien, die sich in den letzten Jahren finden liessen, weiter aufgewertet werden. Aber alle diese Anzeichen fallen weniger ins Gewicht als die Tatsache, dass sich die indonesische KP, ungeachtet ihrer sehr national geprägten internen Linie, realpolitisch eindeutig und ohne Reserve auf chinesischem Kurs befindet. Das lässt sich vor allem an der Einstellung zu zwei Konflikten ermessen, denen unter den dortigen Verhältnissen das Gewicht von Wahrheitstests zukommt. Die indonesische KP hat im sino-sowjetischen Streit rückhaltlos für Peking Partei ergriffen, und sie war die treibende und bestimmende Kraft der Anti-Malaysia-Politik Indonesiens.

Man muss sich nämlich daran erinnern, dass Sukarno in den letzten zwei Jahren anscheinend einige Male zu Konzessionen bereit war, um in der gleichen Welt wie Malaysia zu leben, aber jedesmal sah er sich durch die Kommunisten gezwungen, zu einer unnachgiebigen Haltung zurückzukehren, die etwas anderes als die Vernichtung Malaysias nicht zulässt. Wenn schon die KP noch nicht die offizielle Regierungsgewalt inne hat, so verfügt sie doch schon über Macht genug, jeden Aspekt der Regierungspolitik zum Scheitern zu bringen, der ihr nicht genehm ist. Sukarno ist sich dessen bewusst, dass er jederzeit gestürzt werden kann, wenn er daran denken sollte, sich dem Willen der KP zu widersetzen.

Als Ergebnis dieser Sachlage entspricht die indonesische Aussenpolitik in jeder Hinsicht den chinesischen Wünschen. Das gilt natürlich insbesondere vom türeschmetternden Austritt Indonesiens aus der Uno vor einigen Monaten und der Ankündigung, eine eigene rivalisierende internationale «Organisation der aufstrebenden Kräfte» auf die Beine zu stellen. Das ist praktisch eine Grundlage zur Schaffung der grössten kommunistischen Frontorganisation der Gegenwart. Und Indonesien würde damit China ein wertvolles Instrument zur Beherrschung der internationalen Politik zurechtschmieden.

Somit ist die Vorhersage des australischen Regierungschefs bezüglich der Zukunft Indonesiens schon heute von der Wirklichkeit nahezu eingeholt. Und soweit es Indonesiens Nachbarn angeht, ist kein Unterschied zwischen der Politik Mao Tse-tungs und Sukarnos auszumachen.

Noch ist vielleicht dem Einwurf zu begegnen, Indonesiens Verhalten gegen Malaysia sei nicht gar so arg, wie es von der antikommunistischen Propaganda dargestellt werde. Aber diese ist ja — «leider», kann man fast beifügen — nicht auf eigene Darstellung angewiesen. Die schwärzeste und schlüssigste Darstellung der indonesischen Absichten ist die offizielle Stellungnahme von Djakarta selbst. Sie ist etwa aus jeder beliebigen Rede Sukarnos ersichtlich. Greifen wir irgend ein Beispiel heraus, Sukarnos Erklärung nach dem Scheitern der Tokio-Konferenz von 1964:

> *«Die Konfrontation dauert an. ‚Crush Malaysia' (Zertrümmert Malaysia!) bleibt weiterhin Indonesiens Politik, ja sie wird noch intensiviert werden. Indonesiens freiwillige Guerillas werden ihren Kampf in Nordborneo fortsetzen, als Antwort Indonesiens auf Taktiken neokolonialistischer Subversion und Einkreisung.»*

Sowohl auf Borneo als auch auf der Malayischen Halbinsel selbst werden diese Anstrengungen weiter vorangetrieben. In Nachahmung der chinesischen Einschüchterungstaktik an der tibetischen Grenze sind 10 000 Mann indonesischer Truppen entlang der Grenze gegen Malaysisch-Borneo massiert worden, und weitere Streitkräfte, einschliesslich Sukarnos Eliteregiment mit Spezialausrüstung sind auf dem Riouw-Archipel, dieser Singapur direkt vorgelagerten indonesischen Insel, konzentriert worden.

Alle Aktionen dieser Art werden insgesamt von einem ununterbrochenen Chor der Zustimmung aus Peking begleitet. Es bedarf keiner weiterer Beweise, um zu zeigen, dass der Kampf zwischen Indonesien und Malaysia keinen isolierten Konflikt darstellt, sondern lediglich einen Bestandteil des Kampfes zwischen chinesisch dominier-

tem Kommunismus und Freiheit in Asien darstellt. Der Ausdruck mag, als Folge missbräuchlicher Verwendung oder gut gezielter Herabwürdigung, heute vorwiegend als leere Phrase empfunden werden, für Malaysia beispielsweise umschreibt er schlicht und einfach den Kampf um staatliche Existenz. Und das gilt, lediglich mit unterschiedlicher Aktualität, für den ganzen Kontinent.

Pièce de résistance: Indien

Es ist nicht daran zu zweifeln, dass das letzte Expansionsziel des asiatischen Kommunismus Indien selbst darstellt. Das gilt sowohl bezüglich der Ausweitung territorialer und bevölkerungsmässiger Hegemonie als auch bezüglich all dessen, was Indien heute darstellt.

Wenn es etwas gibt, über das hinwegzusehen sich China nicht erlauben kann, dann ist es ein Beispiel dafür, dass wirtschaftliche Entwicklung in einer freien Gesellschaft möglich ist. Das ist es, was Indien zu beweisen im Begriffe ist, und das ist es demzufolge, was die chinesische Führung nicht zulassen darf. Das indische Beispiel muss in den Augen Pekings als Element der weltpolitischen Szenerie zum Verschwinden gebracht werden, und zwar bald.

«Vereint stehen wir, getrennt fallen wir.» Der Ausspruch passt mit der ganzen Richtigkeit einer unbestreitbaren Banalität auf das Asien von heute. Denn die kommunistische Expansionskampagne stellt von einem Ende des Kontinents zum andern eine einheitliche Aktion dar, gegen die isolierter Widerstand illusorisch ist.

Banalitäten haben die fatale Eigenschaft, dass sie in der Theorie zu rasch einleuchten und in der Praxis zu leicht vergessen werden. Indien mag in seiner neutralistischen Politik zuweilen vergessen haben, dass Anschläge auf die nationale Unabhängigkeit kleinerer asiatischer Nationen auch seine eigene Stellung anvisierten, aber heute wird es sich bei andauerndem Neutralismus zunehmend der Notwendigkeit zur Solidarität gegen einen gemeinsamen Feind bewusst. Chinas gewaltsame Korrekturversuche an der indischen Grenze haben gesamtasiatisch ihren Einschüchterungszweck in gewissem Ausmass erfüllt, aber in Indien selbst brachten sie wenigstens ein Gefühl nationaler Schicksalsverbundenheit mit sich. Und damit immer mehr auch ein Gefühl übernationaler Verbundenheit mit jenen, die der gleichen Gefahr ausgesetzt sind, als deren Herd man dank eigener Erfahrung nun China mit ziemlicher Sicherheit erkennt.

Das erklärt denn auch das überraschend grosse Verständnis, das man in Indien dem amerikanischen Eingreifen in Vietnam entgegenbringt, und das oft weiter geht, als man offiziell je zugeben würde. Natürlich ist Indien, ein Symbol für den siegreichen Kampf gegen den weissen Kolonialismus, nicht gerade die Nation, in der man an sich die geringste Freude am Bilde hätte, dass amerikanisches Militär in einem asiatischen Land gewissermassen den Gendarmen spielt. Der Inder muss das — was könnte man anderes erwarten? — zunächst als Anmassung und als Demütigung der asiatischen Bevölkerung empfinden. Aber gleichzeitig ist er froh über jeden Widerstand gegen die chinesische Umzingelung, die er heute als erstrangige Bedrohung empfindet. Diese Einsicht scheint denn auch im Zwiespalt der Gefühle zu überwiegen.

Aehnliches gilt übrigens bezüglich des Wohlwollens, das man sowohl offiziellerseits als auch in weiten Volkskreisen der Sowjetunion entgegenbringt. Auch ihre Präsenz wird in Indien als Gegengewicht zur Gefahr von China empfunden. So haben wir dort den Fall, dass die UdSSR und die USA im Volksbewusstsein eine parallele Funktion ausüben, wenigstens machtpolitisch. Ob der situationsbedingten Parallele allfälligerweise eine darüber hinausgehende Interessenkoordination zwischen den beiden Mächten entspricht, bleibt natürlich der Spekulation überlassen, da Bemühungen in dieser Richtung nicht gut zugegeben werden könnten, weder vom einen noch vom anderen Partner.

Wie dem immer sei, das Los der übrigen asiatischen Länder geht auch Indien an. In einem kürzlichen Artikel schrieb der australische Aussenminister Paul Hasluk:

> *«Hinter allem, was in Asien geschieht oder geschehen wird, steht die Tatsache, die China heisst. Die Lehren und Absichten, die seine Regierung verkündet, seine Invasion von Tibet und Indien, seine politischen Aktivitäten in ganz Asien, das alles ist heute offenkundig einzusehen. Wir dürfen den Fehler nicht wieder begehen, die Angelegenheiten im Pazifik, im Nordatlantik und im Indischen Ozean in verschiedene Fächer einzuordnen. Wir dürfen nicht der irrtümlichen Meinung verfallen, das Kräftemessen in der Welt werde anders ausgetragen als weltweit ... Der Aggression muss entgegengetreten werden, wo immer sie den Frieden bedroht.»*

Diese Ueberlegungen sind auf Indien vielleicht noch besser anwendbar als auf irgendein anderes Land der Welt. Denn tatsächlich ist Indien viel gefährdeter, als es der «lokale Augenschein» zunächst vermuten liesse.

Abgesehen von den Machtverhältnissen an der Himalaya-Grenze (und den andauernden Gerüchten von grossen Armeen, die dahinter massiert seien) gibt es noch genügend Gründe zur Beunruhigung. Entlang des indischen Territoriums gibt es noch etliche Gebiete, wo kommunistisch inspirierte Unruhen jeden Augenblick ausbrechen können. Nepal, Bhutan und Sikkim werden in ihrem traditionellen Verhältnis mit Indien in dem Masse zurückhaltender, als bei ihnen der chinesische Einfluss und die chinesische Einschüchterung angewachsen sind. Pakistan ist China immer freundschaftlicher zugewandt. Es hat seine Bereitschaft durchblicken lassen, vor einer allfälligen Aggression gegen Indien die Augen zu schliessen — und das wäre nachgerade noch das beste, was Indien von seinem Nachbarn zu erwarten hätte. Bis zum letzten Regierungswechsel auf Ceylon war der chinesische Einfluss dort permanent gestiegen; wahrscheinlich verlagert er sich jetzt auf unterirdische Aktivität, die nicht weniger bedrohlich ist. Schliesslich hat die chinesische Wirksamkeit in Afrika während des letzten halben Jahrzehnts eine so grosse Ausweitung erfahren, dass auch der Indische Ozean als «Isolierschicht» immer weniger Schutz verheisst.

Zurzeit ist Indien nicht mehr einem chinesischen Frontalangriff ausgesetzt. Aber dafür zeichnet sich die Strategie Pekings immer deutlicher ab, Indiens Nachbarn unter Kontrolle zu bringen. Der Umzingelungsprozess ist in voller Beschleunigung. Und wir können uns darauf verlassen, dass er nicht dem Zufall überlassen wird, sondern sich nach Plan abwickelt. Nach einem Plan, der sowohl elastisch als auch weitreichend ist.